



Laut Martin Schiefer fehle es für ökologisch nachhaltige Vergaben nicht an den Rahmenbedingungen, sondern am Mindset der Auftraggeber:innen. [Cairo Kauffmann]

„Vergaben sind ein Investment in die Zukunft“

Im Gespräch. Martin Schiefer, Schiefer Rechtsanwälte, empfiehlt, das Vergaberecht als Blue Public Procurement neu zu denken. Damit ließe sich die notwendige Transformation der Wirtschaft beschleunigen.

INTERVIEW: ANDRÉ EXNER

Die Presse: Der Klimawandel ist die wichtigste Bedrohung unserer Zeit, gleichzeitig macht sich auf allen Ebenen vom Privaten bis zur Politik Lethargie breit. Haben wir noch eine Chance?

Martin Schiefer: In der Tat geht die Dekarbonisierung in der gesamten EU und auch in Österreich derzeit nur schleppend voran. Es gibt zwar klare Ziele, von deren Erfüllung wir aber weit entfernt sind. Denn überall, wohin man blickt, dreht sich die Kreislaufwirtschaft im Leerlauf. Klimaschutz beschränkt sich bei vielen auf Mülltrennung und bewussten Einkauf, dabei ist selbst Regionalität viel mehr, als nur Äpfel am Bauernmarkt zu kaufen – und unseren ökologischen Fußabdruck reduzieren wir auch nicht einfach, indem wir unseren alten Diesel noch ein paar Jahre länger fahren. Natürlich haben wir unsere Zukunft in der Hand und in Sachen Klimawandel reicht ein „wir schaffen das schon“ nicht aus. Wir müssen zunächst unser Mindset transformieren und dann unsere Wirtschaft und unsere gesamte Gesellschaft. Eine große Aufgabe, doch einen Königsweg aus der „Klimahölle“ gibt es nicht.

Aber warum stockt die Transformation?

Dafür haben Expert:innen wie Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx eine sehr gute Erklärung gefunden: Er findet, dass wir uns in der Nachhaltigkeitsdiskussion in einer Sackgasse befinden, da diese vor allem vom Verzichtsgedanken geprägt ist und die Gesellschaft nicht dazu motiviert, wichtige Schritte in Richtung Veränderung zu gehen. Vielmehr dominiert das Gefühl, gegen den Klimawandel nichts ausrichten zu können. Je drastischer die Einschränkungen, desto besser für die Umwelt – und desto wirkungsloser. Horx prägt stattdessen den Begriff der Blue Economy: Wir sind nicht die Feinde der Natur und unsere Technologie ist kein „Planetenkiller“, vielmehr haben wir mit unseren Fähigkeiten

und unserer Innovationskraft die Lösungen in der Hand – wenn wir nur wollen.

Das heißt, statt Verzicht sollten wir auf Transformation fokussieren?

Ja, denn – um das Beispiel Verkehr zu nennen: Transformation bedeutet nicht ausschließlich weniger Autofahren oder mit Atomstrom betriebene E-Autos statt Diesel, sondern vor allem autofreie Innenstädte, weniger Unfälle, Grünflä-

“

„Wir müssen wegkommen vom Aufstellen seitenlanger Leistungsverzeichnisse und hin zu agilen Ausschreibungen.“

chen statt Parkplätzen und saubere Luft, also ein deutliches Plus an Lebensqualität. Durch eine ökologische Neudefinition von Zukunft können wir die Lust an der Veränderung und entsprechende Aktivitäten auslösen. Wenn Nachhaltigkeit als Geschäftsmodell gedacht wird, gelingt die Transformation von selbst. Die Lethargie wird aufgebrochen, da der Mensch nicht als Feind der Umwelt angesehen wird und auch der Verzicht nicht die einzige Lösung ist, um dem Klimawandel zu begegnen. Vielmehr kann uns der technologische Fortschritt und das Denken von Nachhaltigkeit als Businessmodell aus der Sackgasse führen.

Welche Rolle spielen dabei öffentliche Vergaben? Wie werden diese ein Teil der Blue Economy?

Das Potenzial ist enorm: Österreich investiert jährlich knapp 70 Milliarden Euro, also rund 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP, über öffentliche Vergaben in die Zukunft. Würde aber auch in der öffentlichen Beschaffung das Prinzip der Blue Economy verfolgt – nennen wir es Blue Public Procurement – könnten diese 70 Milliarden Euro an Steuergeld wirklich nachhaltig investiert werden. Das wäre unbe-

dingt wünschenswert, denn die Lethargie, über die wir gesprochen haben, ist bis in die politischen Entscheidungsebenen bemerkbar und dadurch wird auch im Beschaffungswesen noch viel zu selten wirklich nachhaltig agiert. Leider dominiert trotz der Reform des Vergaberechts 2018 noch immer das Billigstbieterprinzip. Wenn aber Innovation gefördert wird, da die Besten und nicht die Billigsten belohnt werden, bringt uns das von der Passivität in die Aktivität. Das bedeutet, bei Ausschreibungen – mit Fokus auf die Bauwirtschaft – Nachhaltigkeitskriterien, Umweltaspekte und soziale Faktoren zu definieren und, statt starre Leistungsverzeichnisse vorzugeben, gemeinsam mit Unternehmen innovative Lösungen für die jeweilige Aufgabenstellung zu finden.

Warum ist der größte Hebel dabei in der Bauwirtschaft zu finden?

Wegen des Lenkungseffekts: Laut Zahlen der Vereinten Nationen werden weltweit so viele neue Gebäude errichtet, dass rechnerisch alle fünf Tage eine Stadt von der Größe Paris entsteht. Auch in Österreich kommen zu den bereits bestehenden zwei Millionen Wohngebäuden jährlich im Schnitt 50.000 weitere Wohneinheiten hinzu. Das zeigt: Sollen neben den Bauzielen auch die Klimaneutralitätsziele erreicht werden, so muss die Bauwirtschaft umdenken. Der Weg ist also klar: Die Baubranche muss ihren ökologischen Fußabdruck reduzieren und gleichzeitig den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Neben energieeffizienten Neubauten braucht es daher auch qualitativ hochwertige Sanierungen und weniger Bodenversiegelung für eine erfolgreiche Transformation.

Das Vergaberecht wurde zuletzt 2018 reformiert. Reichen die aktuellen Rahmenbedingungen aus, um die Transformation Richtung Blue Economy zu ermöglichen?

Ja, absolut. Die gesetzlichen Möglichkeiten für mehr Nachhaltigkeit in der Beschaffung sind im Wesentlichen vorhanden. Wir nutzen nur meistens diese Freiräume nicht: Die

genaue Analyse der Ausschreibungen der vergangenen sechs Jahre zeigt, dass nur in den seltensten Fällen tatsächlich umweltbezogene und nachhaltige Kriterien Teil der Beschaffungen waren. Daher wurde in den vergangenen Jahren vermehrt über eine Novelle des Bundesvergabegesetzes diskutiert. Dabei braucht es diese gar nicht, denn es existieren bereits jetzt klare Vorgaben, wie öffentliche Auftraggeber:innen die ökologische Beschaffung bei ihren Bau-, Liefer-

“

„Auftragsvergaben sollten ein Belohnungstool für verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen sein.“

und Dienstleistungsaufträgen vorantreiben können. Die Bedachtnahme auf ökologische Aspekte oder „Umweltgerechtigkeit der Leistung“ ist verpflichtend. Aspekte wie Energie- und Materialeffizienz, Abfall- und Emissionsvermeidung, Boden- beziehungsweise Tier-schutz werden im Gesetz exemplarisch erwähnt. Bislang findet das jedoch kaum Niederschlag. Gegeneinander werden wir kaum innovative Lösungen finden, die den Klimaschutz vorantreiben. Neues Denken bedeutet, in Partner:innen- und Risikogemeinschaften zu denken und gemeinsam neue Wege zu beschreiten.

Warum werden die Möglichkeiten, die das Vergaberecht bietet, nicht ausreichend ausgenutzt? Geht es darum, Geld zu sparen – Stichwort Billigstbieterprinzip?

Das ist auch ein Grund, woran es wirklich hapert, ist jedoch das Mindset – es fehlt der Wille bei den öffentlichen Auftraggebern. Ein Beispiel: Wenn es mir als Auftraggeber bei einem Immobilienprojekt mit der Kreislaufwirtschaft ernst ist, muss natürlich auch die Frage des Rückbaus und der Wiederverwertung der verwendeten Bauma-

terialien ein wichtiger Bestandteil der Ausschreibung sein.

Wie muss das Vergaberecht der Zukunft aussehen?

Es gilt, bei den Eignungs-, den Auswahl- und den Zuschlagskriterien in jedem Fall konkrete Nachhaltigkeitsziele zu definieren, damit die ausführenden Unternehmen Umweltaspekte und soziale Faktoren stärker berücksichtigen. Und genau da wollen wir hin, denn so wird mit Blue Public Procurement die Blue Economy in Schwung gebracht. Um das zu erreichen, muss das Vergaberecht neu gedacht werden: Auftragsvergaben sollten ein Belohnungstool für verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen sein. Erst wenn uns das gelingt, wird jede einzelne Vergabe ein Investment in eine nachhaltige Zukunft.

ZUR PERSON

Martin Schiefer ist „Leading Individual“ in der österreichischen Vergaberechtsszene und Partner der Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte mit Hauptsitz in Wien und weiteren Standorten in Salzburg, Graz, Klagenfurt, St. Pölten und demnächst Linz. Mit seinem 50-köpfigen Expert:innen-Team hat es sich Schiefer zur Aufgabe gemacht, Vergaberecht neu zu denken: strategisch, innovativ und regional. Zu den Mandant:innen zählen prominente Auftraggeber:innen sowie Entscheidungsträger:innen aus Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft. Schiefer Rechtsanwälte berät und begleitet bei Ausschreibungen mit hohem Reputationsrisiko in den Bereichen Digitalisierung & Innovation, Informations- & Kommunikationstechnologie, Gesundheit & Soziales, Bau- & Infrastrukturprojekte, Mobilität, Energieversorgung sowie Compliance. 2024 wurde Schiefer Rechtsanwälte im „Legal 500“-Ranking zur Top-Kanzlei im Bereich Public Procurement gewählt.

www.schiefer.at

Eine Klage mit weitreichenden Folgen

Klimaschutz. Der Fall „Müllner vs. Austria“ landet am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – mit Folgen für die Politik und für die heimische Vergaberechtspraxis.

VON ANDRÉ EXNER

Der Klimawandel nimmt an Geschwindigkeit zu: Es vergeht in Österreich kaum ein Monat ohne Temperaturhöchstwert. Nach dem Rekordherbst 2023 und dem wärmsten Frühling 2024 war auch der Sommer 2024 der heißeste seit dem Messbeginn im 18. Jahrhundert – der August war dabei bereits der 15. überdurchschnittlich warme Monat in Folge.

Ganz untätig sieht die Politik dem nicht zu. So wurde im Sommer, wenige Wochen vor den Nationalratswahlen immerhin der Nationale Energie- und Klimaplan präsentiert, um dessen Inhalt allerdings auch im Wahlkampf heftig gestritten wird. Die Vorlage erfolgte damit wohl nicht aufgrund einer plötzlichen politischen Einigkeit, sondern aus Angst vor der Schelte aus Brüssel: Österreich war das letzte Land in der Europäischen Union ohne einen solchen Plan, bereits im Dezember eröffnete die Europäische Kommission aus diesem Grund ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich.

Klage mit Priorität

Auch von einer anderen Front droht Österreich aufgrund der fehlenden Maßnahmen für Klimaschutz Ungemach – diesmal aus Straßburg: Der dort ansässige Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat bekanntgegeben, der Klage „Müllner vs. Austria“ eine hohe Priorität einzuräumen. Der Kläger aus Niederösterreich wirft dabei der Regierung vor, zu wenig für Klimaschutz zu tun und damit seine Gesundheit zu gefährden: Herr Müllner leidet an einer Form der Multiplen Sklerose, deren Symptome sich bei hohen Temperaturen massiv verschlechtern. Angesichts von Jahren, in denen ein Hitzerekord auf den nächsten folgt, eine nicht zumutbare Beeinträchtigung an Lebensqualität, so der Kläger.

Politiker in der Haftung

Diese Klage ist die erste aus Österreich, die am EGMR landet, doch der Kläger ist mit den vielfältigen gesundheitlichen Folgen der fehlenden Klimaschutzmaßnahmen



Die Klage „Müllner vs. Austria“ kann die Grundlage dafür schaffen, den Klimaschutz bei Führungsentscheidungen zum zentralen Faktor zu machen. [Getty Images/style-photography]

bei weitem nicht allein. „Für mich steht schon jetzt fest: ‚Müllner vs. Austria‘ wird erst der Anfang sein“, ist Vergaberechtsanwalt Martin Schiefer, Schiefer Rechtsanwälte, überzeugt. Denn solche Klagen schaffen die juristische Grundlage, um politische Entscheider:innen auch persönlich strafrechtlich haftbar zu machen, sollten sie ihre Pflichten im Kampf gegen den Klimawandel vernachlässigen. Und das wird sie mehr schmerzen als die Neugestaltung der Vergabepaxis zum Blue Public Procurement.

Öffentliche Vergabekriterien müssen daher verstärkt auf energieeffiziente Bauweisen und nachhaltige Materialien setzen, um den ökologischen Fußabdruck zu minimieren und Gebäude klimafreund-

lich zu gestalten. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass diese Maßnahmen nicht zu höheren Wohnkosten führen, sondern im Gegenteil langfristig Energieeinsparungen und somit geringere Nebenkosten ermöglichen.

Neue Vergabepaxis

Die Umstellung auf eine nachhaltige Ausschreibungspraxis mag zwar zu Beginn herausfordernd sein, bietet aber auch große Chancen. So können beispielsweise im Bau durch die Verwendung langlebiger Materialien und energieeffizienter Technologien langfristig Kosten gespart werden. Nachhaltiges Bauen und das Sanieren des Altbestands sind somit nicht nur die Basis für ein gesünderes und attraktiveres

KLIMAKLAGE AM EGMR

Die Klimaklage „Müllner vs. Austria“ am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat einen besonderen Hintergrund: Der Kläger ist wie auch andere Menschen mit Multipler Sklerose vom sogenannten Uhthoff-Phänomen betroffen: Weil sich durch hohe Temperaturen die Symptome seiner Krankheit verstärken, ist er bei steigenden Temperaturen auf einen Rollstuhl angewiesen. Der Fall hebt die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels hervor und fordert deswegen entsprechende Maßnahmen von der österreichischen Regierung.

Wohnumfeld, sondern auch ein Geschäftsmodell im Sinne der Blue Economy. Denn diese legt den Fokus nicht auf Verzicht und Sparen, sondern auf Innovationen und den besseren Einsatz der modernsten Technologien im Sinne besserer Klimaschutzmaßnahmen.

Vorbilder prämiieren

Führungsentscheidungen werden zukünftig also nicht ohne Überlegungen zum Klimaschutz auskommen. Vorbildliches Handeln sollte dabei prämiert und Versäumnisse abgestraft werden. „Das Herausargumentieren aus Klimaschutz-Fragen ist in jedem Fall vorbei“, sagt der Vergaberechtsexperte, „und das ist gut so.“ Denn erst durch eine zukunftsfitte Kombination von Klimaschutz und sozialer Verantwortung kann leistbares Wohnen auch in heißen Sommermonaten sichergestellt werden, weist Schiefer hin: „Die erfolgreiche Klage schafft die juristische Grundlage, um politische Entscheider:innen zukünftig auch persönlich haftbar zu machen, sollten sie ihre Pflichten im Kampf gegen den Klimawandel vernachlässigen. Das Menschenrecht auf effektiven Klimaschutz wird kommen. Es ist also höchste Zeit, Österreich umzubauen und das Prinzip von Blue Public Procurement zu leben.“

Nachhaltige Geschäfte

Für die Wirtschaft bedeutet das: Nachhaltigkeit muss nicht als von oben verordneter Zwang, sondern als erfolgreiches Geschäftsmodell neu gedacht werden. Ökologisierung und Kreislaufwirtschaft bei Lieferketten, Produktion und Dienstleistungen sind dann keine „Feigenblatt-Projekte“ mehr, sondern wichtige Zukunftsinvestitionen in das Geschäftsmodell von morgen. „Das gilt auch für die Vergabepaxis von Bund, Ländern und Gemeinden in Österreich“, weist Schiefer hin. „Rund 70 Milliarden Euro geben diese pro Jahr für öffentliche Aufträge aus – ein gewaltiger Hebel, um gesellschaftliche Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.“

Schiefer plädiert dafür, das Vergaberecht neu zu denken und öffentliche Aufträge als Blue Public Procurement im Sinne der Blue Economy zu sehen. „Auftragsvergaben sollten ein Belohnungstool für verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen sein“, sagt der Vergaberechtsexperte. „Erst wenn uns das gelingt, wird jede einzelne Vergabe ein Investment in eine nachhaltige Zukunft.“

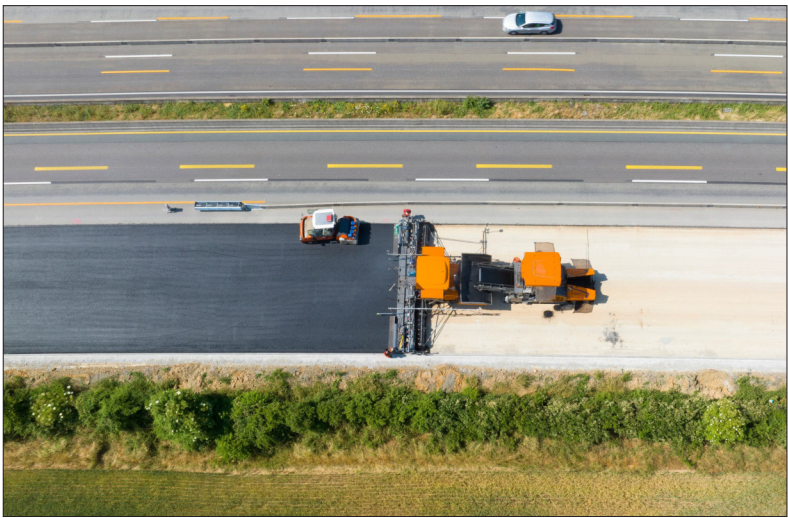
Blue Economy: Zuversicht statt Pessimismus

Transformation. Der Wandel der Wirtschaft muss neu gedacht werden. Denn Klimaschutz ist mehr als nur Verzicht und Zukunftsangst, sagt der angesehene Trendforscher Matthias Horx.

VON ANDRÉ EXNER

Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie mal war: Wir leben im Zeitalter der Dauerkrisen. Pandemie, Krieg und Klimawandel wären bereits alle für sich allein dazu geeignet, Ängste vor der Zukunft zu schüren. Zusammen bedeuten sie einen Giftcocktail, der jede Hoffnung auf eine bessere Welt im Keim erstickt.

Die Rezepte gegen den Klimawandel, die größte Herausforderung unserer Zeit, beschränken sich dabei bisher in erster Linie auf Verzicht. Weniger Konsum, weniger



Straßenbau auf der grünen Wiese: Öffentliche Aufträge sind der Schlüssel für die Transformation der Wirtschaft. [Getty Images/ollo]

Mobilität, kleinere Wohnungen lauten die üblichen Lösungswege. Dass diese Ideen in einer Welt des unaufhaltsamen technologischen Fortschritts und in einer Wirtschaft, die jeden Tag neue Millionäre hervorbringt, in der Allgemeinheit nicht gut ankommen, versteht sich von selbst. Denn der Klimawandel

kann nicht mit Verzicht des Einzelnen allein bekämpft werden. Vielmehr braucht es eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, um die Klimaziele zu erreichen. Ein Schlüssel dafür sind nachhaltige öffentliche Vergaben nach dem Prinzip Blue Public Procurement, bei denen spezielle Nachhaltigkeitskri-

terien zur Anwendung kommen und die Besten in diesen Bereichen belohnt werden.

Transformation statt Verzicht

„Das Problem mit der Zukunft beginnt im Kopf“, erklärt Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx den Fehler in der Konzentration auf Verzichtslösungen: „Wenn wir immer nur in Problemen denken, fixieren wir uns auf die Probleme, anstatt auf die Lösungen. Dadurch wird ein Problem zum immer größeren Problem: Als Menschen und als Gesellschaft denken wir von früh bis spät immer über Probleme nach und damit verstärken wir diese mental.“ Statt die Gesellschaft im Sinne des Verzichtsgedankens abzubauen, prägt Horx den Begriff Blue Economy: Blau sei das bessere Grün, so der Zukunftsforscher. Daher müssen bei der Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft die Vor- und nicht die Nachteile betont werden. Der Mensch ist nicht ein Störfaktor für die „heilige Natur“, sondern ein Teil der Natur. Die Klimakrise ist kein Zeichen des nahenden Weltuntergangs, sondern ein

Zeichen für die Selbstkorrektur des Systems. Ressourcen sind nicht knapp, sondern genauso unendlich wie der Erfindungsgeist und die Innovationskraft. Weniger Mobilität klingt nicht gut, weniger Unfälle sehr wohl. Weniger Wohnraum bedeutet Verzicht, niedrigere Betriebskosten einen Zugewinn.

Transformation ist notwendig, wir können jedoch entscheiden, wie wir an sie herangehen, stellt Horx fest. „Wir haben dieses Schwarz-Weiß-Denken, Sieg oder Untergang. Die Wirklichkeit sieht aber immer anders aus. Es gilt zu überlegen: Was hilft in einer Situation, die wir uns nicht aussuchen können? Wie kann man anders über etwas nachdenken, was dann vielleicht zu einer Lösung wird, indem wir es als Lösung betrachten?“

INFORMATION

Diese Seiten entstanden mit finanzieller Unterstützung von Schiefer Rechtsanwälte.